

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
 Fernsprecher: Rönigkstadt 1076 — Postfachkonto Berlin 5386
 Die Zeitung erscheint jeden Freitag
 Telegrammadresse: Textilproletas Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen die sechs gespaltene Kleinzelle 15 Mar.
 Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Zehm, Berlin D 27,
 Magazinstraße 6/7 II, zu richten. — Bezug nur durch die Post.
 Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Textilarbeiter und -arbeiterinnen, haltet Disziplin!

Endlich können wir wieder im Fachblatt zu Euch reden. Eine Handvoll Scharfmacher im Lager des Unternehmertums ist im Begriff, die Textilindustriellen, auch die große Mehrzahl der sonst anständig handelnden Industriellen, zu einem verbrecherischen Anschlag auf die Textilarbeiterchaft und die Textilindustrie zu verleiten.

Die Textilindustriellen sind im Begriff, diesen Anschlag auszuführen. Ein kleiner Teil wird sich durch Abschluß von Sonderverträgen enthalten.

Die 46-Stundenarbeitswoche soll unseren Frauen und Mädchen, den Müttern unserer Kinder, genommen werden. Dem scheinheiligen Verlangen der Steigerung der Produktion zum Zwecke größerer Konkurrenzfähigkeit soll eine Millionenarbeiterchaft unter den mißlichsten Verhältnissen den freien Sonnabend-Nachmittag oder den 8-Stundenarbeitstag opfern und damit Jahre des Lebens preisgeben. Zu der Tatsache der Senkung des Lebensniveaus soll noch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen treten.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Textilarbeiter steht nach dem eigenen Urteil der Unternehmer auf der Höhe. Die Leistungsfähigkeit der Unternehmer der Textilindustrie läßt sehr viel zu wünschen übrig; die Vervollkommnung des technischen Produktionsapparats wurde vernachlässigt.

Der Beweis wird am Stand des Produktionsapparats vieler einzelner Betriebe zu führen sein.

Die Arbeiter, die Frauen und Mädchen und Mütter in der Textilindustrie erreichten ihre hohe Leistungsfähigkeit trotz größter Entbehrung in bezug auf Nahrung und Kleidung während des Krieges und bis zum heutigen Tage. Der Fleischkonsum ging nachgewiesenermaßen um die Hälfte gegen die Friedenszeit zurück.

Der Unternehmer der Textilindustrie vernachlässigte die Vervollkommnung der Technik trotz fabelhafter Gewinne, trotz der Milliarden, welche er aus der Tätigkeit der Arbeitnehmer in Kontor und Fabrik sich zueignete.

Gegen das Verlangen gilt es anzukämpfen mit allen Mitteln, solange unsere Kraft reicht.

Das Verlangen der Unternehmer nach Beseitigung der 46-Stunden-Woche ist ein Verbrechen an der Textilindustrie.

Die Textilindustriellen können von einer Verlängerung der Arbeitswoche keinen Nutzen haben. Ein einfaches Rechenerempel beweist das. Selbst eine Niederlage der Arbeiter nach ehrenvollem Kampf wird eine neue Erhebung zu neuem Kampf um die 46-Stunden-Woche nicht verhindern.

Textilarbeiter und -arbeiterinnen! Schließt Eure Reihen! Keinen Disziplinbruch, keinen voreiligen wilden Streik darf es in diesen Tagen im weiten Gebiete der deutschen Textilindustrie geben. Laßt Euch in Eurer an sich berechtigten Empörung im Kampf um die Erhaltung der 46-Stunden-Woche nicht zu voreiligen und unüberlegten Schritten verleiten. Laßt Euch nicht von unverantwortlichen Elementen provozieren. Stärkt Eure Kriegskasse!

Benützt die wenigen Wochen, die Euch von dem, wie es scheint, unvermeidlichen Kampfe trennen, zu intensivster Tätigkeit! Die Doppelbeiträge pro Woche sind unbedingt zu leisten. Jedes Mitglied hat sie zu zahlen! Nur die Beschlüsse des Beirats, nicht die Beschlüsse einer lokalen oder Bezirksinstanz sind maßgebend. Entsprechend diesen Beschlüssen des Beirates ist zu handeln.

Werdet nicht durch Abstinenz Verräter an Euch, Euren Familien, Euren Kindern und Eurer Zukunft, indem ihr in dieser hochgespannten, für Euer ganzes Leben so wichtigen Situation die Beschlüsse der von Euch selbst gewählten Verbandsleitung mißachtet und durch Verweigerung der Doppelbeiträge die Durchführung des aufgezwingenen Kampfes erschwert.

Nur wer selbst opfert, hat Hilfe von anderen zu erwarten.

In glänzender Weise betätigt die Mehrzahl unserer 720 000 Mitglieder ihren Opfermut. Mögen auch die noch Säumigen ihre Pflicht erfüllen. Die Ortsverwaltungen werden laufend vom Fortgang der Bewegung unterrichtet werden.

Verbandskollegen! Verbandskolleginnen! Steht fest und unerschütterlich zu Eurer Organisation! Haltet Disziplin und Ordnung!
Der Verbandsvorstand.

Textilarbeiterin und 46-Stunden-Woche.

Kolleginnen!

Unser Verband steht im Kampf um die Erhaltung der 46-Stundenwoche. Die sich schon Monate hinziehenden Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Unternehmer wollen es auf einen Kampf ankommen lassen. Sie sind auch, wie bekannt, für diesen Kampf wohl gerüstet. Das Ziel dieses Kampfes — darüber haben sie keinen Zweifel gelassen — ist die Zerstümmung der Organisation, ist, die Arbeiter kampfunfähig zu machen.

Was der Verlust der 46-Stundenwoche für die Textilarbeiterin, insbesondere für die Arbeiterinnen bedeutet, weiß niemand besser als die Arbeiterinnen selbst. Es bedeutet, die Arbeiterin wieder zurückzuschleudern in Verhältnisse, die sie zur menschlichen Arbeitsmaschine machen, die ohne Raß und Ruh die Doppelbürde der Arbeiterin, Hausfrau und Mutter schleppen muß; die, um ihre Familie einigermaßen zu versorgen, für häusliche Arbeiten die Nacht und den Sonntag zu Hilfe nehmen muß. Krankheit und Siechtum der Frau, Zerrüttung der Familie wird die Folge sein.

Kolleginnen! Dazu kommt noch, daß dieser Schlag der Unternehmer, wenn er gelingt, weitere Verschlechterungen für die Arbeiterchaft nach sich ziehen wird. Man wird dann versuchen, die Löhne herunterzudrücken, um die Arbeiterchaft weiter ins Elend hinabgleiten zu lassen. Was das bedeutet angesichts der ständig zunehmenden Teuerung, bedarf keiner weiteren Erklärung. Die Behauptung der Unternehmer, es

müsse länger gearbeitet werden, ist natürlich unwahr. Sie wissen genau so gut wie wir, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter wächst mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Das wird sogar aus Unternehmerkreisen selbst bestätigt. Der wahre Grund ist, die Arbeiterchaft wieder zurückzuschleudern in Ohnmacht und Rechtslosigkeit. Die Macht der Arbeiterklasse ist den Unternehmern längst unbehaglich.

Diese Macht muß aber erhalten bleiben, sie muß sogar gestärkt werden, damit die Arbeiterklasse die Gleichberechtigung im Wirtschaftsprozess voll erringt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es zum Kampf kommen wird. Dieser Kampf wird geführt werden um soziale Rechte, die besonders für die Arbeiterinnen wichtig sind. Deshalb müssen auch die Arbeiterinnen für diesen Kampf rüsten.

Kolleginnen! Die Generalversammlungen in Plauen und Breslau haben festgelegt, daß der jeweilige Stundenverdienst als Wochenbeitrag abgeführt werden muß. Verbandsstagsbeschlüsse sind Gesetze der Organisation, die von den Mitgliedern befolgt werden müssen. Vielfach wird darüber Klage geführt, daß die Arbeiterinnen diesen Beschlüssen nur sehr widerwillig, vielfach sogar gar nicht nachkommen. Kolleginnen, das ist falsch! Noch keine hat sich je geweigert, entsprechend der wachsenden Teuerung höhere Löhne zu fordern, aber manche weigern sich, nach dem Empfang der höheren Löhne auch entsprechend höheren Wochenbeitrag zu leisten. Einen Stundenverdienst! Soll es denn immer wieder heißen, die Arbeiterinnen sind und bleiben rückständig?

Die Arbeiterinnen, die in der Organisation die Mehrheit bilden, sie müssen vorbildlich auch in der Beitragsleistung sein. Aus den Beiträgen und den jetzt zur Einhebung kommenden Extrabeiträgen wird der Kampfschatz angehäuft, der die Kampfführung ermöglicht.

Verbandsvorstand und Beirat haben beschlossen, daß angesichts der wachsenden Geldentwertung ab 1. Juli die Beiträge abermals erhöht werden. Jedem Mitglied ist diese Erhöhung zur Kenntnis gebracht, jedes Mitglied kann selbst bei der jeweiligen Erhöhung des Stundenlohnes aus der Staffelung der Sätze den dann zu zahlenden Beitrag ersehen. Entsprechend den höheren Beiträgen sind auch die Unterstufungen erhöht. Es ist Pflicht aller Kolleginnen, diesem Beschluß nachzukommen. Niemand darf sich dazu besonders auffordern lassen, jede Kollegin muß wissen, was ihre Pflicht ist. Dem Kampffonds der Unternehmer muß der Kampffonds der Arbeiter gegenüber stehen. Wer Geld hat, hat auch die Macht! Die Macht der Arbeiter muß erhalten bleiben. Wird uns der Kampf ausgezwungen, so müssen wir Sieger bleiben! Deshalb, Kolleginnen, seid bereit, es ist Euer Kampf, der Kampf um Eure Rechte. Für diesen Kampf die Mittel im Rahmen der Beitragsleistung aufzubringen, ist Ehrenpflicht aller Kolleginnen. Keine darf sich dieser Verpflichtung entziehen. Nur durch Geschlossenheit werden wir den Schlag, der gegen uns geführt werden soll, parieren. Kolleginnen! Ihr wißt, was auf dem Spiele steht. Erfüllt Eure Pflicht!!
Martha Hoppe.

Doppelter Stundenverdienst als Wochenbeitrag

ist unumgängliche Voraussetzung für unseren Verband, soll er seine schwere Pflichten restlos erfüllen

Inhalt: Textilarbeiter und -arbeiterinnen, haltet Disziplin! — Textilarbeiterin und 46-Stunden-Woche. — Telegramm-adresse. — Zahlt Doppelbeiträge! — Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft. — Nachlese zum Gewerkschaftskongress. — Der Aufmarsch der Textilarbeiterschaft gegen die Absichten der Textilunternehmer. — Herr Augustin Lorch, Berlin, Köpenicker Straße 38, und die deutsche Sprache. — Der Gewerkschaftskongress. — Berichtigung. — Wirtschaftliches. — Berichte aus Fachkreisen. — Belamntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Zur Geschichte der Seide (V).

Telegrammadresse.

Wir haben jetzt eine besondere Telegrammadresse, die wir im Bedarfsfälle zu benutzen bitten, sie lautet: Textilpraxis Berlin. Die Adresse kann sofort benutzt werden. Der Vorstand.

Zahlt Doppelbeiträge!

Schwere Kämpfe stehen uns bevor — uns Textilarbeitern und der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands, ja, in mancher Hinsicht sogar der ganzen modernen Welt. Die politischen Morde in letzter Zeit in Deutschland an Vertretern der Demokratie und Verteidigern der Republik zeigen uns, wie gewitterschwanger die politische Atmosphäre ist. Die Pläne der wirtschaftlichen Scharfmacher künden uns schwere Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete an. Hier und da haben solche bereits in kleinerem Umfange eingeleitet.

In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Lage fast noch ernster als in politischer.

In politischer Hinsicht haben wir es nur mit unseren Feinden im eigenen Lande zu tun. In wirtschaftlichem Betracht haben unsere Gegner

mächtige Verbündete im Auslande.

Der Achtstundentag hat dort ebenso mächtige und entschlossene Gegner wie bei uns. Sie müssen zwar im Handelsinteresse wünschen, daß Deutschland infolge eines kurzen Arbeitstages wettbewerbsunfähig werde und müßten im eigenen Interesse wünschen, daß hier die Arbeiterschaft noch weitere Verkürzungen durchsetze, so daß, was infolge des Achtstundentages und der 46stündigen Arbeitswoche noch nicht eingetreten ist, in Deutschland wirklich eine Produktionseinschränkung eintreten könnte. Da es aber gegen die Arbeiterschaft geht, erklären sie sich mit ihren Konkurrenten in Deutschland solidarisch und machen selber Anstrengungen, ihren eigenen Arbeitern den Achtstundentag wieder zu rauben. So unterstützen sie die auf Beseitigung des Achtstundentages abzielenden Bestrebungen des deutschen Unternehmertums. Und dieses steift das des Auslandes in seinen gleichartigen Bestrebungen auf. Besonders ist das in der Textilindustrie der Fall.

Wir haben es also bei unseren Bemühungen, die erstrittenen wirtschaftlichen Stellungen zu halten und unsere Errungenschaften zu wahren, mit einer — wenigstens geistig — international oder zwischenstaatlich geeinten Gegnerschaft zu tun.

Ob diese Einheit auch in finanzieller Hinsicht vorhanden ist, das braucht gerade nicht bezweifelt zu werden, wenn es auch noch nicht zu beweisen ist; für möglich kann man es wohl halten.

Da wir von dem, was wir haben, nichts ablassen können und nichts ablassen wollen, die Gegner aber ebensowenig von ihrem Plan, uns zu entwinden, was möglich ist, abgehen werden, so müssen wir uns für die allernächste Zeit auf räumlich, ziffernmäßig und zeitlich recht ausgedehnte

wirtschaftliche Kämpfe

gefaßt machen. Wir können sie nur gewinnen, wenn wir unsere Kampffähigkeit lange aufrechterhalten können. Und das wird — darüber kann keine Meinungsverschiedenheit bestehen — nur möglich sein, wenn wir über einen

ausreichenden Kampffonds

verfügen. Dieser ist aber nicht nur nötig, um einen längeren Kampf bestehen zu können, wenn es nötig ist, sondern auch, um den

Kampf nach Möglichkeit abzukürzen.

Haben doch unsere Gegner schon berechnet, wie kurze Zeit nur wir mit unseren gegenwärtigen Mitteln einen Kampf führen könnten. Sie rechnen also mit unserer baldigen finanziellen Erschöpfung, d. h. mit unserer baldigen Niederlage. Ihre Rechnung ist zwar falsch, weil sie die unberechenbare Unter-

stützung außer acht läßt, deren wir aus anderen Industrien und aus anderen Ländern sicher sein könnten. Doch ihre Rechnung enthält auch eine unumstößliche Wahrheit: je schwächer unser Kampffonds bei Beginn des Kampfes ist, um so mehr Hoffnung können die Gegner hegen, den Kampf bald gewinnen zu können. Und je mehr sie das hoffen, um so länger werden sie im Kampfe aushalten. Und je länger sie das tun, um so länger wird der Kampf währen. Je stärker unser Kampffonds aber von vornherein sein wird, um so kürzer wird der Kampf sein.

Es ist falsch, anzunehmen, daß wir nicht in den Kampf einzutreten brauchen; er steht schon nahe bevor. Je kürzer der Kampf ist, um so sicherer wird uns der Sieg sein.

Deshalb zahlt alle, Kolleginnen und Kollegen, willig und freudig den

doppelten Verdienst einer Stunde als Wochenbeitrag,

solange es nötig ist. Ihr zahlt ihn für euch selbst und werdet von der Doppelzahlung entbunden werden, wenn sie nicht mehr dringend nötig erscheint, das heißt, wenn ihr in dem euch aufgezwungenen Kampfe

den Sieg davongetragen

habt. Und was wird dieser Sieg für euch bedeuten? Vielleicht für ein Lebensalter, ja vielleicht für alle Zeit, also auch für eure Kinder und Kindeskinde

das Jahr hundert Stunden Freizeit mehr,

als wenn der Sieg vom Gegner erfochten wird. Das macht in dreißig Jahren ein ganzes Jahr

aus. Alle kämpfen also für ein Jahr Freizeit, die ihnen zu-statten kommen wird, ohne daß sie dafür andere soziale Gewinne preisgeben brauchen.

Wären wir aber die Unterlegenen in diesem Kampfe, so müßten wir außer dem Freijahr sicher auch noch andere soziale Verbesserungen drangeben, wären also doppelt geschädigt.

Wird das allseitig erkannt? Wir hoffen es. Und wir hören schon im Geiste alle Kolleginnen und Kollegen begeistert aus-rufen: Es ist für uns, für unsere Kinder und selbst noch für deren Kinder! Deshalb zahlen wir gern den

doppelten Verbandsbeitrag!

Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft.

Unerhörtes ist wiederum geschehen. Minister Rathenau ist von feigen Meuchelmördern ermordet worden. Nach Erzberger, Gareis, Rathenau! Die Opfer der Konterrevolution bergen sich immer höher auf. So kann es und darf es nicht weitergehen. Die deut-sch-nationalen Heßblätter durften bisher ungestraft die Regierung beschimpfen, zum Meuchelmord hegen und die Atmosphäre schaffen, die diese abscheulichen Taten auslösten. Kein Staatsanwalt griff ein. Ueber das ganze Reich ist eine Organisation von Verschwörern verteilt, die den politischen Meuchelmord als Kampf-mittel anwendet, um die Republik zu beseitigen. Hinter dieser Organisation stehen reiche Geldgeber, Geld-geber, die in der Industrie zu suchen sind. Die Partei-führer der Deutschnationalen Partei standen mit den Mördern und deren Helfershelfern in engem Briefwechsel. Die Rechtsparteien sind auf dem Sprunge, die Monarchie an Stelle der Republik wieder aufzurichten. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich gegen die Pläne der Konterrevolution mit allen Mitteln zur Wehr setzen und die Republik verteidigen.

Wir stehen vorm Bürgerkrieg. Deshalb muß die gesamte Arbeiterschaft auf dem Posten sein und durch Einsetzen ihres höchsten Gutes die Republik verteidigen. Plan-mäßig muß gearbeitet werden. Deshalb beachtet die Weisungen des Gewerkschaftsbundes und der politischen Arbeiterparteien.

Der ADGB, der AFA-Bund und die politischen Arbeiterparteien haben folgenden Aufruf erlassen:

Der Vorstand des ADGB hat in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses sich mit dem Vorstand des AFA-Bundes und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt. In den gemeinschaftlichen Beratungen sind von den Unter-zeichneten die folgenden Forderungen beschlossen worden:

An die Reichsregierung und den Reichstag!

Das Gesetz zum Schutz der Republik muß enthalten: Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift. Bestrafung auch derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie verherrlichen, belohnen oder begünstigen. Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen

oder antirepublikanischen Verbindungen. Verbot der monarchisti-schen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten. Bestrafung jedes Angriffs in Tat, Wort und Schrift auf die repu-blikanischen Farben und Fahnen. Strenge Vorschriften zur Säu-berung der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Ge-richte und der Reichswehr von allen monarchistischen oder anti-republikanischen Elementen. Aufhebung derjenigen Rechte, die dieser Säuberung entgegenstehen. Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes. Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere. Unterjagung weiterer Ernennung von Reserveoffizieren. Ein-setzung eines außerordentlichen Gerichtshofes in Berlin, dessen Kammern aus je einem Richter und sechs Laienrichtern bestehen, die vom Reichspräsidenten zu ernennen sind. Uebertragung der Anklageerhebung an einen vom Reichsjustizminister zu ernennenden republikanischen Reichskommissar. Schaffung einer Reichsexekutive, insbesondere einer Reichsstriminalpolizei. Vorschriften zur Erleich-terung der Verhaftung und Anordnung sofortiger Verhaftung solcher Personen, die gegen Befehle zum Schutz der Republik verstoßen. Bestimmungen über Beschlagnahme und Einziehung des Ver-mögens der Verurteilten sowie über Entziehung von Pensionen und Bezügen.

Die Geltungsdauer des Gesetzes ist zunächst auf mindestens zwei Jahre festzusetzen. Vom Reichstag erwarten wir, daß er dieses Gesetz in kürzester Frist verabschiedet und nicht früher auseinander geht, bis es in Kraft getreten ist.

Unabhängig hiervon fordern wir: Sofortige Amnestie im Reiche und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen Ver-urteilten mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen haben. Amnestie auch für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Bezogenen, Ein-stellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinar-verfahren.

Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese For-derungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Re-gierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.

Von den Gewerkschaftsmitgliedern und den gesam-ten Arbeit-nehmern Deutschlands

verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin, festen Willen und Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens, so-bald wir sie dazu aufrufen.

Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes,

die uns wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen Republik zugesichert haben, fordern wir jetzt eine starke Einwirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Entente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt.

An alle republikanisch gesinnten Organisationen

richten wir die Aufforderung, sich unseren Forderungen anzu-schließen und auch ihre Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen. Zur Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen und die Mitwirkung der gesamten Arbeitnehmerschaft sind die beiden Bundesausschüsse des ADGB und AFA-Bundes noch für diese Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Berlin, 27. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Leipzig. Grafmann.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund. Aufhäuser. Urban. Staehr.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Müller. Braun.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Crispian. Dittmann.

Kommunistische Partei Deutschlands. Meyer. Koenen.

Nachlese zum Gewerkschaftskongress.

Im großen, festlich geschmückten Saal des Zoologischen Gartens in Leipzig eröffnete am Montag, den 19. Juni, der Genosse Leipzig den 11. Kongress der deutschen Gewerkschaften. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Im Juni 1872 begannen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung die ersten Bestrebungen, durch engeren Zusammenschluß der einzelnen Gewerkschaftsvereine den Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft zu fördern. Yorks und Bahlteichs Wirken ist es zu danken, daß vor 50 Jahren die heutige Gewerkschaftsbewegung aus der Taufe gehoben worden ist. Die deutschen Gewerkschaften können mit Stolz auf ihre erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. Hatten 48 Delegierte vor 50 Jahren die entscheidende Tat vollzogen, so konnte der 11. Kongress 690 Delegierte, die 7574 825 Mitglieder vertraten, mustern. Dieses Wachstum der freien Gewerkschaften zeigt, daß sie allein den rechten Weg beschritten haben, der zur Befreiung der Arbeiterklasse aus der Kapitalherrschaft führt. Die Gewerkschaften können aber auf mehr als ihre zahlenmäßige Entwicklung zurück-schauen. Ihr Einfluß auf Wirtschaft und Politik ist gewaltig ge-stiegen. In den freien Gewerkschaften pulsiert die Kraft, die den

Zur Geschichte der Seide.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

In dem milden Klima Griechenlands gedieh der Maulbeerbaum vortrefflich, und damit war die Grundlage für die Entwicklung der Seidenzucht gegeben. Justinian wandte im Verein mit seiner Gattin, der Kaiserin Theodora, der Seidenzucht fortgesetzt die größte Auf-merksamkeit zu und bewilligte bedeutende Staatsmittel für diese. Auf der Peloponnesischen Halbinsel wurden ausgedehnte Maulbeer-plantagen angelegt, und als die ersten erheblichen Erträge an Rohseide von selbstgezogenen Raupen erfolgten, wurden Haspel-anstalten errichtet und persische und phönizische Seidenweber ins Land gezogen. Bei alledem dauerte es freilich noch Jahrzehnte, ehe die so begründete Seidenzucht so weit gediehen war, um dem Mangel der heimischen Seidenwebereien an Rohseide merklich abzuhelfen, und noch länger, bis das Land von der Einfuhr ausländischer Roh-seide vollständig unabhängig war. Unter den Nachfolgern Justinians wurde auch dieses Ziel erreicht und die Einfuhr ausländischer Seide verboten. Schließlich konnte die byzantinische Seidenzucht mit ihren Erzeugnissen auch den Handel nach anderen Ländern beginnen. Italien begann seine Rohseide aus Byzanz zu beziehen, mehr und mehr wurde die orientalische Seide aus Europa verdrängt. Schon unter dem Nachfolger Justinians I. stand das Erzeugnis der byzan-tinischen Seidenzucht auf derselben Stufe der Qualität wie die Seide des fernen Ostens. Mit der Eisenerzeugung sank der Preis der Seide ganz gewaltig, so daß dieser Stoff, bis dahin nur ein Luxus und Privileg der Reichen und Vornehmen, bald der allgemeine Kleidungsstoff aller Volksklassen wurde, ja, daß sogar jeder, der sich nicht in Seide kleidete, bemitleidet oder als menschenfeindlicher Mönch verpöthet wurde. Wie einst die Chinesen, so wachten nunmehr die Byzantiner und Griechen ängstlich über dem Geheimnis der Seiden-zucht, mit dem Erfolg, daß sie Jahrhunderte hindurch das Monopol

der europäischen Seidengewinnung behaupteten. Die christliche Kirche hatte ursprünglich und lange Zeit hindurch aufs entschiedenste gegen die Seidentracht angekämpft und seidene Gewänder, weil heidnischen Ursprungs und daher unchristlich, den Geistlichen verboten, ohne je-doch zahlreiche Verstöße gegen dieses Verbot verhindern zu können.



Abb. 3. Altromisches Gewebemuster.

Als nun gar einer der Schriftgelehrten die Entdeckung machte, „daß schon die heilige Jungfrau Seide gesponnen habe“, erlosch dieses Ver-bot, und die Seide wurde zur Amtstracht der Geistlichkeit. Unter christlichem Einfluß entstand eine neuartige künstlerische Seiden-weberei, die in der Stickerei von Gold und Silber in Seide nach

reichen, ornamentalen und figürlichen Mustern bestand und herrliche Erzeugnisse lieferte.

Das 7. und 8. Jahrhundert unserer Zeitrechnung brachten dann gewaltige Wandlungen der Staatsentwicklung und Staatengeschichte, von der nahezu die gesamte damalige Kulturwelt betroffen wurde und die auch von tiefgehender Einwirkung auf die weitere Geschichte der Seide und vor allem auf die Ausbreitung der Seidenzucht in den europäischen Ländern war. Während in Europa das west-römische Reich in Italien untergegangen war, das oströmische aber in Byzanz, wenn es sich auch noch nahezu ein volles Jahrtausend behauptete, allmählich zum Schattenreich herabsank und immer mehr an politischer Macht und Bedeutung einbüßte, war in Asien ein neues tatkräftiges und hochbegabtes Volk auf den Plan der Ge-schichte getreten, die Araber, die das alte persische Reich in Trümmer gelegt hatten und von dort aus ihren Siegeszug nach den Ländern am Mittelmeer, zunächst Afrikas, dann aber auch nach denen Europas fortsetzten, wo sie in Spanien festen Fuß faßten. Sie brachten zahlreiche der Kulturerrungenschaften der asiatischen Völker auf ihrem Weltzuge mit, darunter auch die beiden ältesten Erzeugnisse des fernen China, das Papier und die Seide. Die Papierfabrikation wie die Seidenzucht war ihnen wohl bekannt ge-worden, und weit entfernt, diese wie die Chinesen oder Byzantiner als ängstliches Geheimnis zu hüten und für sich zu behalten, machten sie diese vielmehr bei allen Nationen heimisch, mit denen sie in kriegerische oder händlerische Berührung kamen, damit und mit noch vielem anderen wurden die Araber Urheber und Träger einer Reihe der wichtigsten gewerblichen Fortschritte des Abendlandes, für die ihnen dieses für immer Dank schuldet.

Die weitere Geschichte der Seide besteht nunmehr in der Ent-wicklung der durch die Araber eingeführten Seidenzucht und der Ausbildung der selbständigen Seidenindustrie in den verschiedenen Ländern Europas, die uns bis zur Seidentracht unserer Tage führt. Mit dem Werdgang der Seide in den europäischen Ländern müssen wir uns nunmehr beschäftigen.

Erhöhung unserer wirtschaftlichen Kampfmacht

ist nötig, sollen wir siegreich bestehen und statt empfindlicher Niederlagen glänzende Siege verzeichnen

zukünftigen Staat zurechtzimmern wird, die sich in stetigem Kampf gefehmt hat als ein natürlicher Gegner des Kapitals. Sie werden den Kapitalismus und mit ihm die Reaktion überwinden. In den freien Gewerkschaften hat der Sozialismus seine tatkräftigste und festeste Stütze gefunden, die seine Durchführung verbürgt.

Schon das äußere Gepräge des Kongresses zeigte, daß die Gewerkschaften einen größeren Einfluß auf die öffentlichen Gewalten ausüben. Die Reichsregierung war durch zwei ihrer Kabinettsmitglieder, nämlich durch den Wirtschaftsminister Robert Schmidt und den Arbeitsminister Dr. Brauns vertreten. Die sächsische Regierung hatte durch die Entsendung des Genossen Ristau als Arbeitsminister und des Genossen Fellisch als Wirtschaftsminister und einiger Geheimräte ihre Vertretung gestellt. Die preussische Regierung war durch den Handelsminister Genossen Siering vertreten und die Stadt Leipzig durch den Stadtrat Genossen Diebe. Aus den Gewerkschaften, die der Amsterdamer Internationale angehören, wäre zu nennen der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Finnen. Ferner waren noch zahlreiche Gäste aus Frankreich, England, Holland, Belgien, Schweiz, Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Dänemark, Schweden und Polen anwesend.

Allein die Vertretung der Regierung zeigte uns schon, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf die Politik des Reichs und seiner Bundesstaaten ein bedeutend größerer geworden ist. Man kann die Arbeiterschaft nicht mehr allein als Objekt der Gesetzgebung betrachten, sondern man muß die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft, vertreten durch ihre Organe der Gewerkschaften, sehr wohl beachten. Die Gewerkschaften haben sich innerhalb des Staatslebens eine Stellung erobert, die unsere künftigen Erwartungen, die wir vor wenigen Jahren hegen, weit übersteigt. Der Krieg mit seinen schrecklichen Folgen hat der Arbeiterschaft endlich den Weg gezeigt, den sie zu gehen hat, wenn sie den früheren Obrigkeitsstaat, der die Herrschenden und die Dienenden stark voneinander in der Gesetzgebung und in allen seinen Zweigen trennte, in ihrem Interesse beeinflussen und sich selbst innerhalb dieses Staates zu einem gleichberechtigten Glied gestalten will. Vor allem muß derjenige, der die Gewerkschaften nützlich mit aufgebaut hat, hohe Genugtuung empfinden über ihre Entwicklung.

Die Begrüßungsreden füllten die ganze Vormittags-Sitzung des ersten Verhandlungstages aus. Es wurden u. a. recht gute Reden gehalten. Wir wollen hier nur einige herausgreifen und an erster Stelle auf die Rede des Genossen Schmidt, des Reichswirtschaftsministers, zurückkommen. Schmidt führte u. a. zur Frage des Achtstundentages aus: „Ich kann die Erklärung abgeben, daß, solange Arbeitervertreter in der Regierung sitzen, an dem Achtstundentage nicht gerüttelt werden wird.“ Wir begrüßen diese starke Betonung des Willens zum Festhalten an dem Achtstundentage. Der Genosse Schmidt betonte besonders, daß unter Beibehaltung des Achtstundentages die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gewährleistet sei. Nur müßten die Industriellen in organisatorischer und technischer Hinsicht die Betriebe ausbauen. Möge denn nun auch der Genosse Schmidt mit dazu sorgen, daß nicht die Geheimräte des Arbeitsministeriums dieses hohe Bekenntnis zum Achtstundentage durchkreuzen, indem sie den reaktionären Forderungen der Unternehmer entgegenkommen und auf Umwegen den Achtstundentag zu Fall bringen. Es gibt hierbei noch zu bedenken, daß, wenn gegenwärtig das Reichsarbeitsministerium den Unternehmerwünschen entgegenkommt, um den Erfolg der Novemberrevolution zu befähigen, dies eine offensichtliche Förderung der Konterrevolution ist, die sich in den letzten Tagen wiederum in der niedrigsten und gemeingefährlichsten Form bemerkbar gemacht hat. Die Arbeiterschaft aber selbst wird sich mit aller Macht gegen jene Gewalten rufen, die ihr den Achtstundentag rauben wollen. Die Geheimräte des Arbeitsministeriums, die sich so gern den Unternehmern mißfällig zeigen, mögen dies beachten. Wir hoffen, daß Genosse Schmidt das, was er auf dem Gewerkschaftskongress in seiner Rede so stark unterstrichen hat, auch innerhalb der Reichsregierung durchzuführen in der Lage sein wird. Auch der sächsische Arbeitsminister, Genosse Ristau, fand recht kräftige Worte für die Erhaltung des Achtstundentages. Er verwies dabei auf den Kampf der Unternehmer gegen die Ueberstundenverordnung des Arbeitsministeriums. Die sächsische Regierung, versicherte er, wird fest und unverbrüchlich am Achtstundentag festhalten.

Genosse Leipart hat in seinem Geschäftsbericht ebenfalls den Achtstundentag scharf gegen die Steigbügelhalter der Unternehmer, der Herren Lindemann, Cohen, Schippel usw., verteidigt. Er sagte: „Eure Weisheit stützt sich nicht auf wirtschaftliche Kenntnis und Erleuchtung.“ Er führte sie unter Zustimmung des Kongresses als Schwächer ab. Zum anderen betonte er aber auch noch, daß die Erfüllungspolitik nur möglich sein kann unter Erhaltung der sozialen Errungenschaften.

Durch die einmütige Zustimmung des Kongresses zu der Resolution, die den Textilarbeitern im Kampf um die Erhaltung der 46-Stunden-Woche nicht nur vollste Sympathie, sondern auch gegebenenfalls materielle Hilfeleistung zusichert, ist die Gesamtarbeiterschaft für den Kampf gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit mobilisiert.

Genosse Schilling, der Vertreter der Leipziger Arbeiterschaft, hob in seiner Begrüßungsrede besonders hervor, daß der stärkste Schlag, den je die Leipziger Arbeiterschaft erhalten hat, die planmäßige Niederbrennung des Volkshauses durch die Reichswehr war. Unter Eid ist von einem Führer des Militärs ausgesagt worden, daß er den Befehl erhielt, das Volkshaus niederzubrennen, trotzdem er wiederholt darauf aufmerksam gemacht habe, daß er im Volkshaus keine Waffen, keine Gefangenen noch sonst etwas fand, sondern nur eine Bildungsstätte der Leipziger Arbeiterschaft. Trotzdem mußte er das Volkshaus niederbrennen, und nach zwei Jahren stritten sich noch die Juristen herum, um die Arbeiterschaft um eine Geldentschädigung zu pressen. Diese Tatsache beleuchtet besonders die gegenwärtige Situation.

Eine besonders bemerkenswerte Rede hielt der Arbeitsminister Dr. Brauns. Er sagte, „daß das Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern des A.O.G.B. reibungslos Hand in Hand gearbeitet habe, um die Gestaltung des neuen Arbeitsrechtes zu fördern.“ Als eine günstige Empfehlung für den A.O.G.B. ist dies nicht zu buchen, wenn man die reaktionären Gesekentwürfe, die das Reichsarbeitsministerium zu dem neuen Arbeitsrecht vorgelegt hat und im Hinblick auf den reaktionären Geist, den das Arbeitsministerium beherrscht, in Rechnung stellt. Wenn der Reichsarbeitsminister weiter betonte, daß das deutsche Volk es den Gewerkschaften nicht vergessen darf, daß die Führung der Gewerkschaften es ermöglichte, die Reichseinheit nach dem Zusammenbruch 1918 zu erhalten, so ist dies ein schlechter Trost dafür, daß jetzt die Geheimräte des Arbeitsministeriums in Gefolgschaft der Unternehmer sich abmühen, der Arbeiterschaft den Achtstundentag streitig zu machen. Die Arbeiterschaft gibt heute schon dem Staate das Höchste, was sie zu geben imstande ist, und die Worte des Arbeitsministers, dem Staate zu geben, was dem Staate gehört, waren hier an die falsche Adresse gerichtet. Vielleicht richtet er diese Worte gelegentlich an die Unternehmer, die ja erst vor kurzem betont haben, daß ihre Verbindung mit dem Arbeitsministerium eine außerordentlich gute wäre.

Auch bei der Begrüßung des Kongresses durch die ausländischen Vertreter der Gewerkschaften wurde auf den Kampf um den Achtstundentag hingewiesen, der auch jenseits der deutschen Landesgrenzen überall geführt werden muß. Am stärksten drang jedoch hier das Bekenntnis durch, jeden Versuch, einen neuen Krieg durch die Militaristen und Imperialisten zu entfachen, durch die vereinte Macht der internationalen Gewerkschaften zu verhindern. Besonders

war es der Franzose Jouhaux, der den Militaristen und Imperialisten den schärfsten Kampf ansetzte. Es zeigt sich hierbei, daß die Gegensätze, die sich während des Krieges auch zwischen den Arbeitern der kriegsführenden Länder herausgebildet hatten, vollkommen verwischt sind und daß die Arbeiter aller Länder nur einen gemeinsamen Feind kennen: den Kapitalismus. Das Band, welches die Arbeiterklasse international zusammenketzt, ist wieder gefestigt. Dies konnte auf dem Kongress zu aller Befriedigung wieder festgestellt werden.

Es war ganz natürlich, daß auf dem Kongress Meinungsverschiedenheiten, die in der deutschen Arbeiterbewegung vorhanden sind, vielfach stürmisch durchbrachen. Die linke Seite des Kongresses hatte in Sonderkonferenzen vielfach zu den Fragen, die den Kongress beherrschten, Stellung genommen. Sie kam mit einer vorgefaßten und bestimmten Meinung, und schon bei der Bureauwahl traten die Gegensätze äußerlich hervor. Die Vorstandskonferenz hatte dem Kongress als Vorschläge Leipart, Reichel und Paeplow in Vorschlag gebracht. Die Vertreter der USPD-Richtung brachten Genossen Simon in Vorschlag. Die Mehrheit des Kongresses wählte aber die von der vorstehenden Konferenz empfohlenen Genossen. Unserer Auffassung nach wäre es richtiger gewesen, wenn man den Genossen Simon anstatt Paeplow gewählt hätte, schon um deswillen, damit der Kongress den Willen gezeigt hätte, über das Trennende innerhalb der Arbeiterbewegung hinwegzusehen. Jedenfalls wäre dies ein Anfang gewesen, nicht das Trennende, sondern das Einigende hervorzuheben. Hierdurch wäre bereits zu Beginn des Kongresses der einigende Tat Ausdruck verliehen worden, die Paeplow in seiner Schlussrede hervorhob. Aber nichts von alledem, die Mehrheit nützte ihre numerische Macht aus. Es war dies jedenfalls nicht zum Vorteil der Kongressleitung, die unserer Auffassung nach mitunter recht „leidend“ war.

Eine ebenso verfehlt Handlung war es, daß der Kongress vor Eintritt in die Besprechung der Tagungsgegenstände die Geschäftsordnung abänderte, indem er in Ziffer 3 der Geschäftsordnung die Zahl von 50 Delegierten auf 100 erhöhte, so daß Anträge, die zur Verhandlung kommen sollten, mindestens durch 100 Delegierte unterstützt sein mußten. Das gleiche galt für die Herbeiführung einer namentlichen Abstimmung. Diese Abänderungen der Geschäftsordnung stehen unserer Auffassung nach in direktem Widerspruch zu dem § 36 der Bundesstatuten. Dieser Beschluß war jedenfalls eine bedauerliche Rechtsverletzung, die in der Gewerkschaftsgeschichte wohl kein Beispiel finden dürfte.

Einen breiten Raum des Kongresses nahm naturgemäß der Geschäftsbericht des Bundesvorstandes ein, zumal zu diesem Punkt noch drei Redner, mit je einer Stunde Redezeit, vorgezogen waren. Die Rede des Genossen Leipart war von außerordentlicher Sachlichkeit getragen. Soweit er die Frage des Achtstundentages berührte, zeichnete sie sich auch durch besondere Schärfe aus. Etwas schwach war sie aber dort, wo er die Aufgabe hatte, die Vorwürfe zurückzuweisen, die gegen den Bundesvorstand wegen der Durchführung der zehn Punkte gerichtet waren. In der Diskussion wurde an dem Bundesvorstand scharfe Kritik geübt, vor allem von Dittmann (USPD) und Walcher (KPD). Der Streit wurde unserer Meinung nach stark von Parteileidenschaft getragen. Immerhin war die Kritik zu einem guten Teil berechtigt. Der Bundesvorstand fand im Genossen Bren, vom Fabrikarbeiterverband, einen Verteidiger. Die Verteidigung Brens hatte dem Bundesvorstand so gefallen, daß Genosse Leipart dem Redner seinen Dank abstattete.

Wir sind gern bereit, unter das, was hinter uns liegt, einen Strich zu ziehen, wir erwarten aber, daß in Zukunft der Gewerkschaftsbund mehr Initiative entfaltet, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Nach dem Vorstandsbericht ergoß sich eine Flut von Resolutionen über den Kongress aus. Am produktivsten bei der Fabrikierung von Resolutionen waren die Kommunisten. Sie haben außerordentlich viel nach dieser Richtung hin geleistet, obwohl sie recht wenig von alledem auf dem Kongress durchsetzen konnten. Es kam ihnen wohl lediglich darauf an, mit diesen Resolutionen für ihre Auffassung Propaganda zu machen.

Der Bundesvorstand verlangte durch Bren für sich noch ein Vertrauensvotum. Der Kongress votierte mit einer erheblichen Mehrheit dafür.

Von einer Anzahl anwesender Frauen war eine Resolution zur Frauenfrage eingebracht. Die Resolution ist abgelehnt worden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das, was die Resolution verlangte, in den einzelnen Gewerkschaften schon längst durchgeführt ist. So wird u. a. verlangt, daß in allen Gewerkschaften mit einer großen Anzahl von weiblichen Mitgliedern regelmäßig mindestens einmal jährlich Frauenkonferenzen einberufen werden. Sowohl durch Ortskomitees, Bezirke und von der Zentrale des Verbandes. Ebenfalls sollte die Bildung von Frauen-Agitationskommissionen vorgenommen werden.

Zum anderen waren aber auch Forderungen gestellt, die sich nicht durchführen lassen. Zum Beispiel wurde verlangt, daß die Arbeiterhochschulen Frankfurt, Volkshochschule Linz und Betriebsrätschulen usw. durch eine entsprechende Anzahl von Arbeiterinnen besetzt werden sollen. Die Besetzung von derartigen Schulen kann man nicht zahlenmäßig durchführen, sondern hier müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Die Resolution mußte deshalb abgelehnt werden.

Interessant war, daß die Kommunisten eine Resolution eingebracht hatten, die die Freilassung der politischen Gefangenen verlangte. Die Resolution wurde von dem Kongress angenommen. Dagegen haben nun die Kommunisten eine Resolution, die forderte, die Sozialrevolutionäre freizulassen, abgelehnt. Das zeigt so recht den Geist, der innerhalb der kommunistischen Bewegung herrscht.

Das Referat des Universitätsprofessors Dr. Sinzheimer über das zukünftige neue Arbeitsrecht hob den Kongress auf eine ganz besondere Höhe. In Inhalt und Ausdruck fesselte Sinzheimer durch seine Rede die Delegierten vom Anfang bis zum Ende seiner Ausführungen. Es war eine Glanzleistung. Er zeigte, wie die Entwicklung des Rechtes an die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des gesellschaftlichen Lebens gebunden ist. In packender Weise wies er nach, daß der sich gegenwärtig vollziehende Umbildungsprozess die Entwicklung einer neuen Rechtsepoche bedeute. Bis heute sei der Weg des Mitbestimmungsrechtes noch dunkel. Das Arbeitsrecht wird eine neue freiheitliche Epoche der Menschheit verwirklichen. Es hat einen geheimen Sinn, den wir erfassen müssen. „Der Arbeiter von heute ist hervorgegangen aus der Sklaverei früherer Zeit. Heut erstrebt er bereits die Herrschaft über die Arbeit.“

Zu Punkt 6 lag eine Entschließung des Bundesvorstandes und des Bundesauschusses vor. Die USPD verlangte, daß in der Entschließung eingefügt werde, daß die Schlichtungsordnung mit allen Mitteln zu verhindern sei. Es wurde namentlich abgestimmt und der Antrag der USPD abgelehnt. Wir haben es für falsch gehalten, daß ein solcher Antrag überhaupt gestellt wurde. Mit allen Mitteln etwas zu verhindern, heißt von gewerkschaftlichem Standpunkt aus, auch letzten Endes mittels des Generalstreiks, ein Gesetz abzuwehren. Wir können von vornherein nicht die Mittel festlegen, mit denen ein Gesetz oder sonst ein Schaden, der der Arbeiterbewegung zugefügt werden soll, abgewehrt werden kann. Es muß sich erst zeigen, ob die Arbeiterschaft wirklich bereit ist, mit dem Einsetzen der stärksten Mittel eine Verschlechterung der bestehenden Gesetze zu verhindern gewillt ist. Es ist immer zu beachten, welche Wirkung ein solches Gesetz auf die Arbeitermassen ausübt. Erst dann kann man die Kampfmittel, die in Anwendung gebracht werden sollen, bestimmen.

Es widerspricht aller gewerkschaftlichen Praxis, von vornherein festzulegen, wie der Abwehrkampf zu führen sei.

Zu der Frage der Arbeitsgemeinschaft und der Wirtschaftsräte referierte Wissell, und Simon als Korreferent. Wir müssen gestehen, daß Simon bessere Gründe für die Befestigung der Arbeitsgemeinschaft ins Feld führen konnte als Wissell für deren Beibehaltung. Es ist durchaus falsch, wenn Wissell annimmt, daß Wirtschaftsräte nur möglich sind unter Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaft. Dies hat sich ja bereits in der Textilindustrie ausgedeutet. Wir bedürfen der Arbeitsgemeinschaft nicht, um doch in allen Zweigen der Textilwirtschaft mitzuwirken. In der namentlichen Abstimmung über die Beibehaltung der Arbeitsgemeinschaft ergab sich nur eine kleine Mehrheit dafür. Die Mehrheit war so gering, daß der Bundesvorstand durch diese Tatsache sich veranlaßt sah, die Kabinettsfrage zu stellen. Nachdem jedoch eine Reihe von Delegationen erklärt hatten, daß sie durch ihre Abstimmung dem Bundesvorstand nicht das Mißtrauen aussprechen wollten, glätteten sich die Wogen wieder, und der Bundesvorstand erklärte durch Leipart, daß er die Kabinettsfrage zurückziehe.

Ueber „Organisationsformen und -methoden der Gewerkschaftsbewegung“ referierte Larnow. Ihm trat als Korreferent Dittmann entgegen. Die Frage der Organisationsform löste eine ziemlich lebhaft Diskussion aus. Der Kampf war ziemlich heftig. Aber letzten Endes entschied der Kongress mit überwiegender Majorität sich für die Resolution, welche die Umwandlung der gegenwärtigen Berufsorganisationen in Industrieverbände forderte. Hauptsächlich die großen Organisationen waren es, die hier bei der Abstimmung den Ausschlag gaben.

Amniten der Verhandlungen vom Sonnabend überraschte den Kongress die Kunde von der Ermordung Rathenaus. Die Enttäuschung und Empörung der Kongressbesucher war eine ungeheure. Die schreckliche Tat hat jedenfalls die Wirkung ausgelöst, daß die Gewerkschaften jetzt mit aller Macht die Sicherung der Republik durchsetzen.

Alles in allem: der Kongress hat gute Arbeit geleistet und fleißig gearbeitet. Er hat neue Wege gezeigt. Hoffentlich wird die Wirkung des Kongresses eine solche sein, daß die Gewerkschaften für die Zukunft schlagfertiger und kampfbereiter dastehen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Mit recht trefflichen Worten schloß Paeplow den Kongress.

Der Textilarbeiterverband und die Zusammensetzung des Bundesvorstandes.

Auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig hatte die Delegation des Textilarbeiterverbandes beantragt, dem Textilarbeiterverband im Bundesvorstand einen Sitz einzuräumen. Die Vorstandskonferenz lehnte diesen Antrag ab und brachte die alten Mandatsinhaber wieder in Vorschlag. Die Delegation der Textilarbeiter hat gegen die ablehnende Behandlung ihres Antrages protestiert. Sie wies in ihrem Protest darauf hin, daß ein so wichtiger Zweig der deutschen Volkswirtschaft mit seiner hohen wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung Mitwirkung im Bundesvorstand verdiene. Der Textilarbeiterverband sei die drittstärkste Organisation der freien Gewerkschaften. Trotz dieser triftigen Gründe blieb es bei der Ablehnung. Von einer sachgemäßen Besetzung des Bundesvorstandes kann man schlechterdings nicht reden. Hoffentlich forrigit man jenen Beschluß nachträglich, indem man dem Textilarbeiterverbande einen Sitz im Bundesvorstand zubilligt.

Der Aufmarsch der Textilarbeiterschaft gegen die Absichten der Textilunternehmer.

Die Chemnitzer Verwaltungsstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatte für Donnerstag, den 22. Juni, ihre Mitglieder zu sieben großen Bezirksversammlungen zusammengerufen, um zu dem vom Unternehmertum angedrohten Kampf zur Befestigung der 46stündigen Arbeitswoche sowie zu den Beschlüssen des Zentralvorstandes, des Beirates und den von 1100 versammelten Betriebsräten gefassten Beschlüssen Stellung zu nehmen.

Dem Rufe der Verwaltungsstelle haben die Mitglieder so Folge geleistet, daß die dazu bestimmten 7 Säle überfüllt waren, so daß Hunderte keinen Platz erhalten konnten.

Besonders zahlreich waren die weiblichen Mitglieder herbeigeeilt, welche 90 Proz. der Versammelten bildeten.

Die einzelnen Redner wiesen auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Beibehaltung der 46stündigen Arbeitswoche hin. Wenn das Unternehmertum erklärte, daß die Textilindustrie bei der 46stündigen Arbeitswoche mit dem Ausland nicht mehr konkurrieren könne, so sei das eine Unwahrheit, denn es bestimme sich das Gegenteil, da auch das Unternehmertum der Textilindustrie in Deutschland mit der 46stündigen Arbeitswoche die Textilindustrie der ganzen Welt niederkonkurrieren habe. Die Redner wiesen auf die Äußerungen einzelner Gewerbaufsichtsamter und die Befestigungen von Unternehmern hin in bezug auf die guten Erfahrungen des Achtstundentages.

Die Aufforderung der Referenten an die Mitglieder, sich hinter die Beschlüsse des Zentralvorstandes, des Beirates und der Betriebsräte zu stellen, welche die strikte Ablehnung des Annehmens des Unternehmertums sowie die Erhebung eines Extrabeitrages in Höhe des regulären Wochenbeitrags verlangen, fand einmütige Zustimmung. Reicher Beifall lohnte förmlichen Rednern.

In der Diskussion kamen in allen Versammlungen auch Kolleginnen zum Wort, welche insbesondere ihre Arbeitschwächen aufforderten, mit aller Zähigkeit an der 46stündigen Arbeitswoche festzuhalten und sich zu allen Opfern bereitzuhalten, um die Einführung der 48stündigen Arbeitswoche zu verhindern.

Einmütig wurden die Beschlüsse des Beirates und Zentralvorstandes, welche in Resolutionen der Betriebsräteversammlungen zum Ausdruck kamen, in allen Versammlungen angenommen.

Weiter fanden in einzelnen Sälen noch Resolutionen ihre Zustimmung, welche den einheitlichen und geschlossenen Kampf verlangten.

Alles in allem: Die Chemnitzer Textilarbeiterschaft hat durch diese Massenkundgebung, welche auch in den Versammlungen der Verwaltungsstelle Chemnitz angeschlossenen Ortschaften zum Ausdruck kam, gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, den Achtstundentag sowie den errungenen freien Sonnabendmittag, um den sie jahrzehntelang gekämpft hat, an die Scharfmacher, die sich unter den Textilarbeitern befinden, wieder preiszugeben.

Wenn sie durch die einmütigen Beschlüsse zum Ausdruck brachte, daß sie zu allen Opfern bereit ist, dann hat die Textilarbeiterschaft bewiesen, daß sie nicht gewillt ist, rückwärts zu gehen, sondern vorwärts — trotz alledem!

In Kaiserslautern befaßte sich eine stark besuchte Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlung mit dem Rundschreiben des Verbandsvorstandes bezüglich der Arbeitszeitfrage. Nach eingehender Diskussion, an der sich sechs Redner beteiligten, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 16. Juni in Kaiserslautern tagende Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlung nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Beirates in der Arbeitszeitfrage. Die Versammlung erklärt sich für den Fall

Erfolgsicherung bei den uns drohenden Kämpfen

bedürfen wir dringend zur glücklichen Lösung der Aufgaben, welche die heutige schwere Zeit uns stellt

des Kampfes schon jetzt solidarisch und ist bereit, die Extrabeiträge in der geforderten Höhe zu leisten. Die Versammlung legt dem Vorstand nahe, sofort an den Bundesausschuß des ADGB. heranzutreten und die Vorbedingungen für eine erweiterte Kampfbasis zu schaffen. Die Versammlung hofft, daß der ADGB. aus dem Metallarbeiterkampf die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen hat. Wenn nicht die deutsche Textilarbeiterchaft das gleiche Schicksal erleiden soll wie die Metallarbeiter, müssen Taktik und Kampfmaßnahmen entsprechend reorganisiert werden."

Herr Augustin Lorchy, Berlin, Köpenicker Straße 36, und die deutsche Sprache.

Herr Augustin Lorchy ist der Unterzeichner eines Flugblattes der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands“ (Syndikalisten). Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:

Aufruf!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Den Verheßern und Unwahrheitsrednern von den Führern der Zentralverbände ist nur darum zu tun, daß ihre Futtertruppe nicht etwa leer wird. Von uns wird geredet, daß wir längere Arbeitszeit haben wollen. Sehr traurig von den falschen Reden der Zentralisten. Im Gegenteil, wir arbeiten darauf, um den Sechsstundentag, daß die vielen Arbeitslosen auch Arbeit bekommen.

Von den Zentralverbänden sieht man sogar von Führern, daß welche wählen die längere Arbeitszeit als acht Stunden. Textilarbeiter und Arbeiterinnen, wollen die Zentralverbände Euch erklären, gebt doppelten Beitrag, so wird Euch geholfen, wenn was kommt.

Sehr komisch, daß von Arbeitern immer der letzte Pfennig weg gereizt wird, noch von Führern, die Eure Sache nie richtig vertreten können.

Kommt was von der längeren Arbeitszeit, dann zeigt den Kapitalisten Eure Zähne. Sieht Mann an Mann fest. Gebt nicht das viele Geld den Zentralverbänden, die Euch verraten.

Hoch lebe der Achttunden-Tag!

Einigkeit macht stark.

Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands Syndikalisten.

Wenn man ein solches Kauderwelsch gelesen hat, dann wird sicher Stimmung. O, du lieber Augustin...! Aber du bist ein Hornvieh. Jedes Kind, welches zwei Jahre die Volksschule besucht hat, weiß in der deutschen Sprache besser Bescheid als du. Und ausgerechnet dich haben die Syndikalisten in Berlin zu ihrem geistigen Leiter bestimmt. Mein lieber Augustin, wie mögen nun erst die beschaffen sein, die nach dir kommen?

Dieser Augustin Lorchy ist also der „geistige“ Leiter der Syndikalisten in der Stadt der Intelligenz in Berlin. An diesem Beispiel erkennt man wieder, was für Geisteshelden es sind, die als Arbeiter die Gewerkschaften bekämpfen.

Der Gewerkschaftskongreß

nahm weiter mit ungeheurer Erregung und Entrüstung Kenntnis von der Ermordung Rathenaus und forderte energische Maßnahmen gegen die mordende Reaktion. Er faßte dann Beschlüsse zwecks Ergreifung von Maßnahmen durch die Gewerkschaften zum Kampfe gegen die Reaktion. Er nahm folgende Erklärung an:

„Der Gewerkschaftskongreß hat mit tiefstem Abscheu die Gewißheit erfaßt, daß der Reichsminister des Inneren Dr. Walter Rathenau das Opfer eines elenden Mordmordes geworden ist. Der Kongreß erklart in diesem Aktentat ein neues planmäßigen Angriff auf den Bestand der Republik, der der Verstorbenen seine Kraft bis zur letzten Stunde gewidmet hat.

Der Kongreß spricht nicht nur seine Entrüstung über diese Gewalttat aus, sondern fordert von der Reichsregierung nunmehr wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen die mit solch verbrecherischen Mitteln arbeitenden Feinde der Republik.

Weil aber der Kampf der Monarchisten und Reaktionäre zugleich ein Kampf gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse und gegen die gesamte Arbeiterbewegung ist, ruft der Kongreß die gesamte Arbeiterchaft auf, von ihrer Selbstzerfleischung im politischen Meinungsstreit abzulassen und einmütig alle Kräfte zur Niederkämpfung der Reaktion zusammenzufassen.

Der Kongreß empfiehlt der gesamten Arbeitnehmerschaft, diesen ihren einmütigen Willen eindrucksvoll zu bekunden durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung am kommenden Dienstag nachmittags unter Veranstaltung machtvoller öffentlicher Kundgebungen. (Ist geschehen. D. R.) Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit dem ADGB und den sozialistischen Parteien wirksam Maßnahmen vorzubereiten, deren Ziel sein muß, die Sicherung der Republik und der Rechte der Arbeiter gegen jeden reaktionären Angriff durch Säuberung der Regierungsstellen und öffentlichen Ämter einschließlich der Richterstellen, von allen Elementen, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellen.

Der Kongreß erwartet von allen Mitgliedern der Gewerkschaften den entschlossenen Willen, auch mit ihrem Leben für die Verteidigung der Grundrechte des Volkes und für die Republik einzustehen.

Vom Bundesvorstand vorgeschlagene Regeln zur Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks

in gemischten Betrieben wurden nach längerer, fast nur ablehnender Debatte an den Bundesvorstand zurückverwiesen. Zur Frage der mit nur geringer Mehrheit beibehaltenen Arbeitsgemeinschaft

brachte der Bundesvorstand folgende Entscheidung ein: „Der Kongreß erklärt, daß die Abstimmung über den Antrag auf Austritt aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft — der zwar abgelehnt wurde, für den sich aber eine erhebliche Minderheit entschieden hat — keine grundsätzliche Entscheidung über die vom Bundesvorstand vertretene wirtschaftspolitische Auffassung bedeutet. Ein Teil der Delegierten lehnt aus Zweckmäßigkeitsgründen die Mitarbeit in der zentralen Arbeitsgemeinschaft ab, ohne jedoch darauf verzichten zu wollen, alle sonstigen Möglichkeiten zu benutzen, die geeignet sind, die Verwirklichung der wirtschaftlichen Demokratie zu fördern.

Der Kongreß erkennt an, daß die vom Bundesvorstand eingeschlagene Richtung in der Gewerkschaftsarbeit und Wirtschaftspolitik übereinstimmt mit den auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß beschlossenen „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“. Er fordert den Bundesvorstand auf, auf dem Boden dieser Richtlinien seine Tätigkeit fortzusetzen, bis veränderte Verhältnisse eine andere Taktik bedingen.“

Der Bundesvorstand verzichtet im weiteren Verlauf der Debatte auf eine Abstimmung über seine Entschliessung zur Entscheidung über die Arbeitsgemeinschaften und läßt durch Leipart erklären, daß er die Wahl des Vorstandes als das Entscheidende ansieht.

Bei dieser Wahl wurde, wie hier gleich bemerkt sei, der alte Vorstand wiedergewählt.

Bei der Beratung der von den Bundesräten beantragten Änderungen wurde u. a. beschlossen, dem Vertrag mit dem ADGB-Bund einen Absatz hinzuzufügen, wonach in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen, die gemeinsame Interessen betreffen, die Bundesvorstände nach Maßgabe vertraglicher Abmachungen dauernd zusammenwirken sollen. Der Beitrag an die Bundeskasse wurde auf 50 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr festgesetzt. Organisationen mit über 500 000 Mitgliedern sollen einen zweiten Sitz im Bundesausschuß erhalten. Ein kommunistischer Antrag, alljährlich einen Gewerkschaftskongreß abzuhalten, wurde ebenfalls mit einem Antrag Zista (Metallarbeiter), den Kongreß alle zwei Jahre abzuhalten, abgelehnt. Es bleibt also bei dem bisherigen Zustand, daß der Gewerkschaftskongreß alle drei Jahre zusammentritt.

In Zukunft sollen je 15 000 Mitglieder einen Delegierten zum Gewerkschaftskongreß entsenden. Bleibt ein Rest von 5000 Mitgliedern, so kann dafür ein weiterer Delegierter gewählt werden. Für die Rechtsgeschäfte der Ortsausschüsse haftet der Bundesvorstand nur dann, wenn sie von ihm genehmigt worden sind. Das so abgeänderte Bundesstatut wird dem Bundesvorstand zur endgültigen Redaktion überwiesen.

Die „Sonstigen Anträge“ wurden dem Bundesvorstand als Material überwiesen.

Zum Schluß wurde noch eine Entschliessung zugunsten der Arbeitsinvaliden angenommen.

Berichtigung.

Man schreibt uns:

„Auf Seite 1 der Nummer 21 Ihres Blattes bringen Sie eine Notiz, welche sich mit der Vergütung beschäftigt, die die Aufsichtsräte unserer Gesellschaft erhalten haben sollen. Da diese Mitteilung vollständig falsch ist, ersuchen wir Sie auf Grund des § 11 des Pressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

Die Zahl der Aufsichtsräte der Neuen Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof beträgt nicht 12, sondern nur 8. Der Lohntienbezug der Aufsichtsräte (angeblich 820 000,— Mk. für jeden einzelnen) erreicht in Wirklichkeit nicht im entferntesten die genannte Summe, er geht nicht über das Maß der Vergütungen hinaus, wie sie im allgemeinen bei Aktiengesellschaften gewährt werden. Hochachtungsvoll Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof. A. Braun. R. Walz.“ (Wie hoch aber ist das „Maß der Vergütungen“? D. R.)

Wirtschaftliches.

Südafrika. Die industrielle Entwicklung. Nach einem soeben bekanntgewordenen amtlichen Bericht ist die industrielle Entwicklung des Landes nach wie vor eine sehr rasche. Im Jahre 1920 erreichte die Gesamtzeugung der Industrie des Landes einen Wert von 93 Millionen Pfund gegen 72 Millionen im Jahre 1919 und 45 Millionen im Jahre 1916. Allerdings ist diese Erhöhung zum Teil auf Preissteigerungen zurückzuführen. Im Jahre 1916 waren rund 4000 gewerbliche Betriebe, abgesehen von Bergwerken und Steinbrüchen, vorhanden. Ihre Zahl war 1920 auf 6890 gestiegen, von denen 900 im Laufe des letzten Jahres entstanden waren.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg von 1916/20 von 101 178 auf 175 520, darunter 39 524 bzw. 62 483 Europäer. Die Lohnsumme stieg auf das Doppelte. Sie betrug 1920 rund 19 119 000 Pfund von denen 14 Millionen an europäische Arbeiter gezahlt wurden.

Von der Gesamtzahl der gewerblichen Betriebe entfallen 3008 auf die Cap-Provinz, 2355 auf Transvaal, 976 auf Natal, 551 auf den Orange-Freistaat.

Auf die Nahrungsmittel- und Tabakindustrie entfallen 1819 Betriebe, auf die Metallindustrie 918, auf den Wagenbau 812, auf das Bekleidungs-gewerbe 706, auf das Baugewerbe 665.

4352 Betriebe beschäftigten bis zu zehn Arbeitern, 1501 beschäftigten mehr als zehn bis zu 100, und 317 mehr als je 100 Arbeiter.

Berichte aus Fachkreisen.

Dülken. Ein offener Brief an unsern Geschäftsführer.

Dülken, den 6. Juli 1922.

Wiederholt haben wir Ihnen Mitteilung gemacht, daß der Geschäftsführer des christlichen Textilarbeiterverbandes uns belästigt und Sie gebeten, uns vor diesen Belästigungen zu schützen.

Dieser Christ, namens Rüsjes, kommt in unsere Wohnungen, heßt uns gegen unsere Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband, auf. Der Deutsche Textilarbeiterverband — der rote Verband — sei sozialistisch; die Führer die schlimmsten Roten. Als gute Katholiken dürften wir diesem roten Verband nicht angehören. Unser Seelenheil sei gefährdet. Nur der christliche Verband mache die Lohnbewegungen. Die Roten machten nur Parteipolitik. Da Rüsjes bei uns Männern mit seiner abernern Schwärerei keinen Erfolg hat, sucht er mit Hilfe der Herren Kaplanen unsere Frauen gegen uns aufzubehnen. Rüsjes wird zwar meist ausgelacht. Wir haben aber seine Hezerei satt. Wir wissen, daß die Christen nichts zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage tun, wenn der Deutsche Verband nicht vorangeht.

Daß wir an die Öffentlichkeit gehen, sind Sie selber schuld. Sie hätten dem Herrn Rüsjes seine Hezerei gegen unsern Verband verbieten sollen.

Auch fragen wir, wie sich das verhält. Bei allen Versammlungen, die wir gemeinschaftlich abhalten, sind die Angestellten beider Verbände gut Freund, und hinter dem Rücken heßt der Herr Rüsjes gegen Sie. Das lassen wir uns nicht mehr gefallen. Unser Verband hat für uns Dülkener Textilarbeiter gute Arbeit geleistet, da lassen wir uns von einem Herrn Rüsjes nicht länger beschimpfen. Nehmen Sie, Herr Geschäftsführer, dem Herrn Rüsjes mal das verleumderische Handwerk.

J. A. mehrerer Kollegen: J. C., Dülken.

M. Gladbach. Ausgeschlossen durch Spruch des eingesehten Schiedsgerichts wurde das Mitglied Hubert Leven, Stammmummer 1 223 044, eingetreten am 10. November 1918, übergetreten zum Deutschen Textilarbeiterverband am 10. Oktober 1921.

Crimmitschau. Der in Nr. 26 veröffentlichte Ausschluß aus dem Verbands betrifft das Mitglied Mariha Zichenderlein, wohnhaft Hinterm Bahnhof 1.

Berlin. Die Kollegin Berta Hiller, Unterkassiererin und Vorsitzende des Betriebsrates, steht in diesem Monat 25 Jahre als Arbeiterin im Dienste der Firma Adolf Maas u. Co. Sie ist ein altes Verbandsmitglied. Wir hoffen, daß sie noch recht lange dem Verbands als tatkräftiges Mitglied erhalten bleibt.

Hannover. (Verbandsjubiläum.) Am 2. Juli konnte der Kollege Emil Döbler auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Im Jahre 1897 trat Emil in Meerane i. Sa. unserer Organisation bei. Nach etwa zehnjähriger Mitgliedschaft wurde er im Jahre 1907 zum Gauleiter in Hannover gewählt, in welcher Stellung er sich heute noch befindet.

In seiner Vaterstadt hat er alle Schikanen der Unternehmer über sich ergehen lassen müssen. Kaum daß er in einem Betriebe warm geworden war, wurde er wegen seiner Tätigkeit für die Organisation wieder an die frische Luft befördert, und so gibt es denn in der Textilindustrie nur ganz wenige Branchen, in welchen er nicht gearbeitet hätte, aber müde hat man ihn nicht gekriegt. Auch in seiner Eigenschaft als Gauleiter hat er im Laufe der Jahre sich redlich bemüht, die Interessen seiner Mitmenschen zu vertreten. Recht hat er es dabei jedem einzelnen nicht immer gemacht, was ja auch nicht möglich ist, aber jedenfalls hat er getan, was zu tun und was nach seiner Meinung das richtige war.

Zu seinem Ehrentage unsere herzlichste Gratulation! Wir wollen wünschen, daß er noch lange in unserer Mitte verweile.

Der Vorstand der Filiale Hannover.

Zillerthal (Niesengebirge). Innerhalb der Filiale Zillerthal haben drei Mitgliedereparanierungen, je eine in Zillerthal, Schmiedenberg und Hirschberg, stattgefunden. In allen diesen Versammlungen stand auf der Tagesordnung: Bericht von der Betriebsrätekonferenz in Grünberg. 2. Der Kampf der vereinigten Arbeitgeber gegen die 46stündige Arbeitswoche und den Achttundentag. 3. Unsere Abwehrmaßnahmen hiergegen. Die Delegierten erstatteten zunächst Bericht von den erkennbaren Fortschritten berichten, die in unserm Verbands in Zahl und Umfang unserer Bewegung, insbesondere aber in bezug auf die geistige Ausbildung und Schulung unserer Kollegen und besonders der Kolleginnen zu erkennen sind. — Im Anschluß hieran referierte der Geschäftsführer Reimann über den Kampf der Unternehmer gegen die 46stündige Arbeitswoche. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurde der Beschluß des Beirats hinsichtlich der doppelten Beitragsteifung gutgeheißen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 9. Juli, ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Aue i. Erzgeb. Die Stelle des Geschäftsführers ist besetzt. Gewählt wurde Kollege Sonnenberger. Allen Bewerbern besten Dank!

Die für die Gauleitung Dresden ausgeschriebenen Stellen sind besetzt. Allen Bewerbern Dank!

Adressenänderungen.

Gau Augsburg. Nordlingen. K: Karl Beck, C. 193.

Gau Gera. Blankenburg (Bad). K: Hugo Werboth, Bad Blankenburg, Kühler Grund.

Leipzig. V: Fr. Martha Möser, Ankerstr. 35. Alle Sendungen an diese.

Lichtenbrunn. K: Hermann Grüner, Lichtenbrunn bei Lobenstein (Neuß), Nr. 64.

Gau Liegnitz. Katscher. Der Vorstehende ist zu streichen. Alle Sendungen an den Kassierer Klein bei Wemmer, Langenau (Fürstl.), Post-Katscher.

Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.

Wangen i. Alg. Buch Nr. 6350, für Franz Erkle, geb. 16. 9. 79 in Drzfoo.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

Berlin. Sidereibranche. Freitag, 28. Juli, nachm. 5 1/2 Uhr, Wallstr. 32: Obleute und Funktionäre. — Sonnabend, 5. August, Mondscheinahrt nach Schmetterlingshorst. Abfahrt 8 Uhr, Jannowibrück.

Bernau. Montag, 17. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Freiberg. Dienstag, 1. August, in der „Union“, Barthelsdorfer Straße.

Fürstenwalde (Spree). Dienstag, 25. Juli, im Gesellschaftshaus.

Leubsdorf. Friedrich Karl Braune, Grünberg i. Sa.

Meßersdorf. Ortstafierer Friedrich Lücke; Frau Auguste Leder, Obvergrenzdorf.

Ojterode a. Harz. Ludwig Grunme.

Reichenbach i. B. Elsa Spizner; Selmar Otto; August Krauß.

Reutlingen. Gottlieb Benz, Kirchentellinsfurt. Pauline Stad, Enningen u. A. Lina Schmid, Reutlingen. Genoveva Stüde, Gmindersdorf. Maria Heufel, Kirchentellinsfurt. Christiane Wolfer, Pfüllingen. Luise Binder, Bellingen. Marie Rau, Währingen.

Stollberg i. Erzgeb. Ella Baum.

Segeltuchweberei sucht

Webmeister, Hilfsmeister, Spulmeister, geübte Kettspulerinnen und Segeltuchweber.

Offerten an die Expedition des Blattes unter Nr. 123.

Infolge des Buchdruckerstreits konnte diese Nummer leider erst mit erheblicher Verzögerung herauskommen.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 7. Juli

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dreßel in Berlin. für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter